

### Die deutsche Stellungnahme zur Völkerbundsanleihe an Österreich

Berlin, 18. Juli. In dem gestrigen Beschlusse des Völkerbundsausschusses, an Österreich unter bestimmten politischen Bedingungen eine Anleihe zu gewähren, — bei dem, wie bereits gemeldet, der deutsche Vertreter sich der Stimme enthalten hat — wird von unrichtiger Seite erklärt, diese Stimmenthaltung Deutschlands sei durch die Ermüdung bedingt, daß Österreich angesichts seiner drohenden wirtschaftlichen Lage zweifellos genötigt sein wird, die Anleihe trotz der politischen Bedingungen, die in erster Linie auf Frankreich zurückgehen, anzunehmen. Ein deutsches Nein würde aber ein Scheitern der Anleihe bedeuten und eine Bevormundung Österreichs darstellen, für die die deutsche Regierung die Verantwortung nicht übernehmen kann, umso weniger, als deutscherseits keine Möglichkeit besteht, dann von sich aus die drohende wirtschaftliche Gefahr von Österreich abzuwenden. — Die Entscheidung, ob Österreich die Anleihe annehmen will, muß lediglich bei Österreich liegen und konnte nicht durch ein deutsches Nein vorgegeben werden. — Wenn die in der Erklärung des deutschen Vertreters, Generalen Göppert, angeführte Hilfsaktion Deutschlands auch naturgemäß unserer eigenen wirtschaftlichen Lage nur in viel geringerer Höhe als die geplante Völkerbundsanleihe erfolgen kann, so wird sie doch nach Auffassung unrichtiger Kreise zweifellos früher praktisch wirksam werden, als die Völkerbundsanleihe. Ueber die Einzelheiten des deutschen Kredits an Österreich, insbesondere über die Summe und die Form der Transaktion sind zurzeit noch Besprechungen im Gange.

### Nummernfolge der Parteien auf den Stimmzetteln

Berlin, 18. Juli. Der Reichsinnenminister hat in einer Verordnung bestimmt, daß in Fällen, in denen keine Parteien ohne Einreichung eines eigenen Reichswahlvorschlages Anschluss an den Reichswahlvorschlages einer großen Partei erlangen, diese kleinen Parteien nur dann die mit einem Buchstaben versehenen Ordnungsnummer der großen Partei führen dürfen, wenn die große Partei mit dem Anschluss einverstanden ist. Andernfalls werden diese kleinen Parteien auf dem Stimmzettel erst hinter der Gesamtheit derjenigen Parteien aufgeführt, die einen eigenen Reichswahlvorschlages eingereicht haben. In diesem Falle erhalten die kleinen Parteien eigene Nummern auf dem Stimmzettel. Eine Veränderung in der Berechnung der Stimmen tritt hierdurch nicht ein. — Gleichzeitig wird bestimmt, daß solche Parteien, die im letzten Reichstag bereits durch Abgeordnete vertreten waren, auf dem Stimmzettel die ihnen bereits zugewiesene Nummer behalten können, auch wenn sie an den Reichswahlvorschlages einer anderen Partei angeschlossen sind.

### Das Bundesorgan des „Reichsbanners“ verboten

Magdeburg, 18. Juli. Wie von der Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mitgeteilt wird, ist das wöchentlich erscheinende Bundesorgan, „Das Reichsbanner“, auf Ersuchen des Reichsinnenministeriums für zwei Nummern verboten worden.

Das Verbot wird damit begründet, daß die Zeitschrift in ihrer letzten Nummer eine Zeichnung veröffentlichte, die über einer Reihe von Säulen, die die Opfer der Straßenunruhen in Deutschland symbolisieren, den Schatten des Reichspräsidenten und die Unterschrift trägt: „Die Treue ist das Mark der Ehre — unsere Fahne ward uns zum Leichentuch.“ In diesem Bild ist eine Beschimpfung des Reichspräsidenten erblickt worden.

### Hölttermann über den kommenden Kampf

Magdeburg, 17. Juli. In einer Rundgebung der „Eisernen Front“ führte nach einer kurzen Kritik an der Regierung Papen der Führer des Reichsbanners, Hölttermann, weiter aus: „Für die schweren außenpolitischen Mißerfolge des Kabinetts von Papen sind Hitler und die Hitlerwähler verantwortlich. Sie sind sich ihrer Schuld wohl bewußt. Zeitungsverbote können die Schuld nicht verwickeln. Die deutsche Arbeiterschaft steht geschlossen und geht in dem einen Willen, Deutschland aus dem Chaos einer völligen Wirtschaftskatastrophe hindüberzuführen in eine bessere Zukunft. Wir wissen, am 31. Juli ist der Kampf nicht beendet, ist die Zeit der Ernte noch nicht gekommen. Noch heißt es rüsten zu neuen Kämpfen. Heute aber gilt nur dies: Schlagt Hitler am 31. Juli!“

### Jugenberg und der Nationalsozialismus

Essen, 17. Juli. In Wülheim am der Ruhr sprach der deutschnationale Führer Jugenberg anlässlich einer deutschnationalen Jugendkundgebung. Unter anderem führte er aus, auf die sichere Gewähr hin, seiner Partei damit zu schaden, habe er 1929 im Kampf gegen den Young-Plan, nur um der Sache zu dienen, der damals noch kleinen nationalsozialistischen Partei die Hand gereicht. Jetzt trennen sich aber die Wege, weil der Nationalsozialismus den deutschen Individualismus todschlagen wolle, da der deutsche Nationalismus sich kämpfend gegenüber dem deutschen Individualismus sich durchsetzen müsse. Hitlers Sieg wäre das Ende jeder persönlichen Freiheit. Es widerspreche innerstem deutschen Wesen, wenn man über, daß nach zsmischschichtlichen Müssen die Dinge von oben her geordnet werden sollen. Dem deutschen Wesen widerspreche es weiter, gegenüber der Auffassung eines Menschen und eines schwankenden Parteiprogramms unwillig zu sein statt allein zugunsten des Gedankens der inneren nationalen Einheit.

### Die Wahlpolitik des Stahlhelms

Berlin, 18. Juli. Die Bundesführer des Stahlhelms B. v. B. erlassen zu den bevorstehenden Reichstagswahlen folgende Verlautbarung:

Zu den am 31. Juli stattfindenden Reichstagswahlen erklären wir wie bei allen großen Wahlen: Wahlpflicht ist Vaterlandspflicht. Jeder Stahlhelmkamerad wählt eine Liste der nationalen Bewegung. Um aber schädliche Spaltungen zu vermeiden, empfehlen wir den Kameraden, sich für eine der beiden großen, in ihrem Hochsitz einigen nationalen Parteien, für die NSDAP, oder die DNVP, also für Liste 2 oder 5, zu entscheiden.

### Der Wahlauftritt der Deutschen Staatspartei

Berlin, 18. Juli. Die Zeitung der Deutschen Staatspartei erklärt einen Wahlauftritt, der sich nach klaren Angriffen auf die Regierung gegen die Nationalsozialisten wendet und die deutschen Männer und Frauen und die deutsche Jugend auffordert, mit dem Stimmzettel dafür zu kämpfen, daß die Politik der Betrugung und Gleichberechtigung der deutschen Nation widerständig

## Die Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst

Berlin, 16. Juli. In einer Verordnung vom heutigen Tage hat die Reichsregierung den freiwilligen Arbeitsdienst neu geordnet. Den Gegenstand und Zweck bezeichnet die Verordnung mit den Worten: Der freiwillige Arbeitsdienst gibt den jungen Deutschen die Gelegenheit zum Nutzen der Gesamtheit im gemeinsamen Dienst freiwillig ernste Arbeit zu leisten und sich zugleich körperlich und geistig-stillich zu erziehen. — Nach dem Inhalt der Verordnung müssen die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes gemeinnützig und zusätzlich sein. Sie dürfen nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheiten auf dem freien Arbeitsmarkt führen. Träger der Arbeiten sind öffentliche Körperschaften oder sonstige Vereinigungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Diesen wird es auch obliegen, für das Vorhandensein von geeigneten Arbeiten zu sorgen. Als Träger des Dienstes kommen neben den Trägern der Arbeit die Vereinigungen in Betracht, die sich in besonderem Maße für die Betreuung der Arbeitsdienstwilligen eignen. Die Arbeitsdienstwilligen genießen die Vorteile der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes. In erster Linie sollen junge Deutsche unter 25 Jahren bedacht werden, und zwar von diesen wieder besonders Arbeitslose, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Daneben kommen aber auch Nichtarbeitnehmer in Betracht. — Um eine möglichst einfache und sparsame Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes sicherzustellen, werden die für diesen Zweck bereitgestellten Reichsmittel und Mittel der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einheitlich zusammengefaßt und verwaltet. Um die einheitliche Leitung zu gewährleisten, wird die Reichsregierung einen Reichskommissar, der dem Reichsarbeitsminister untersteht, ernennen. Der Reichskommissar wird von Bezirkskommissaren unterstützt. Als Reichskommissar ist der Präsident

der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Spruy, in Aussicht genommen. Ein neuer Behördenapparat wird nicht geschaffen. Vielmehr stehen die Einrichtungen der Reichsanstalt zur Verfügung. Das Nähere wird durch eine Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers geregelt, die in Kürze erscheint. — Mit der Verordnung verbindet die Reichsregierung die folgende Erklärung: Die Reichsregierung hat in der Verordnung vom 16. Juli dem freiwilligen Arbeitsdienst eine neue Verfassung gegeben. Sie behält sich vor, diese entwicklungsfähige und förderungswürdige Einrichtung unter Berücksichtigung der kommenden Erfahrungen weiter auszubauen. Der Reichskommissar wird beauftragt, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erarbeiten. Das Gutachten wird der Öffentlichkeit zur Beurteilung zugehen.

### Reichsrat und Arbeitsdienst

Berlin, 16. Juli. Die Ausschüsse des Reichsrates behandeln am Sonnabend die neue Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst. Aus den Reihen des Reichsrates wurde eine Anzahl von Wünschen geäußert. Die Bedenken der Länder richteten sich, wie das Nachrichtenbüro des R.D. hört, insbesondere gegen die Institution des Reichsarbeitsministers, den freiwilligen Arbeitsdienst und die Reichsregierung wurde ersucht, die Verordnung dahin abzuändern, daß der jeweilige Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung gleichzeitig Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes sein soll. Praktisch würde dadurch allerdings nichts geändert werden, denn Präsident Dr. Spruy ist bereits als Reichskommissar für den Arbeitsdienst in Aussicht genommen.

fortgesetzt werde, daß die Nacht vom Staat ausgestellt werde und nicht von uniformierten Privatpersonen einzelner Parteiführer.

### Brüning vor 40 000

Ludwigshafen, 17. Juli. Reichskanzler a. D. Dr. Brüning sprach vor 40 000 Zuhörern in Ludwigshafen und setzte sich mit dem gegenwärtigen Kabinett sowie der Politik der Nationalsozialisten auseinander.

### Gehaltskürzungen im Saargebiet

Saarbrücken, 18. Juli. Die Regierungskommission beabsichtigt, ab 1. August eine Reihe von Kürzungen der Beamtengehälter vorzunehmen. Weiter bereitet die Regierungskommission eine Verordnung vor, die Vorschriften über Zinsfuß, Kündigungs- und Zahlungsfristen für Aufwertungshypotheken enthalten soll.

### Urlaubsunterbrechung der politischen Beamten in Preußen

Berlin, 16. Juli. Der preussische Innenminister hat, wie wir erfahren, sämtliche politischen Beamten, die sich auf Urlaub befinden, telegraphisch zurückgerufen.

### Fast 18 000 Kleinriederstellen

Berlin, 16. Juli. Mit den bis zum 15. Juli 1932 neu bewilligten Kleinriederstellen ist deren Gesamtzahl nunmehr auf 17 933 Stellen in 223 Gemeinden gestiegen. Die Gesamtzahl der bewilligten Kleingartenstellen beträgt rund 51 000 in 235 Gemeinden.

### Blutige Streikunruhen in der Lodzer Textilindustrie

Warschau, 18. Juli. Der wilde Streik in der Lodzer Baumwollindustrie dauert an. Gestern nachmittag kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und der Polizei, in dessen Verlauf von beiden Seiten geschossen wurde. Der Polizist wurde schwer verletzt.

### Rund um die Welt

Auch Leo Starel hat die Revision zurückgezogen  
Berlin, 16. Juli. Leo Starel hat heute, dem Beispiel seines Bruders Willy folgend, die Revision gegen seine Verurteilung zu vier Jahren Zuchthaus zurückgenommen, so daß auch gegen ihn das Urteil rechtskräftig geworden ist.

### Unwetterwäden in Südbayern

München, 16. Juli. Ueber weite Gebiete Südbayerns gingen am Freitagabend heftige Gewitter und Wolkenbrüche nieder, die beträchtlichen Schaden anrichteten. Sämtliche Flüsse führten Hochwasser, das in mehreren Orten die Straßen überschwemmte und in die Häuser eindrang.

### Schwere Unwetter in Mittel- und Unterfranken

Karlsberg, 18. Juli. Schwere Wolkenbrüche haben in der vergangenen Nacht Mittel- und Unterfranken heimgesucht. In mehreren Ortschaften wurden Häuser und Stallungen unter Wasser gesetzt. An der Rodenburger Brücke wurde die ganze Einfassungsmauer mit dem Geländer in einer Länge von 15 Metern fortgerissen.

### Abermals Felssturz im Moseltal

Trier, 17. Juli. In der Nähe des Wolfer Klosters bei dem Moselort Groev stürzte, wie erst jetzt bekannt wird, Freitagabend wiederum ein Felsblock, diesmal von etwa 1000 Kubikmeter Inhalt, zu Tal. Die Bruchstelle war bereits seit einigen Wochen in Bewegung. Es hat sich jetzt ein Spalt von 80 Zentimeter Breite und 80 Meter Länge gebildet, so daß weitere Felsstürze zu erwarten sind. Der Absturz kündete sich bereits vormittags durch verdächtigtes Knacken im Berg an. Die beim Absturz entstandene Staubwolke hüllte das Moseltal längere Zeit in einen gelblichen Schimmer. Die Gefahrenstelle steht nunmehr unter ständiger Bewachung.



Der Reichskommissar für die Arbeitsdienstpflicht

Geheimrat Spruy, der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung wurde zum Reichskommissar für die Arbeitsdienstpflicht ernannt.

### Auto rast gegen ein Haus

Sieben Schwerverletzte  
Poblenz, 18. Juli. In Bergnassau fuhr gestern ein von Frankfurt a. M. kommender Ausflugswagen in einer Kurve in rasender Fahrt gegen ein Haus. Sieben Personen wurden schwerer, mehrere leicht verletzt.

### Schwere Dynamitexplosion in Transvaal

Kimberley, 17. Juli. Bei einer schweren Dynamitexplosion wurden in der Nähe von Raquassil (Transvaal) acht Personen getötet. 312 Tonnen Dynamit, die mit der Eisenbahn zum „Goldbrand“ befrachtet wurden, entzündeten sich aus bisher noch unbekannter Ursache. Die furchtbare Detonation wurde in weitem Umkreis gehört. Die 34 Wagen des Güterzuges wurden aus den Gleisen geworfen. Wie durch ein Wunder blieb die Maschine unbeschädigt. Mit furchtbarer Gewalt riß die Explosion einen 15 Fuß tiefen und 800 Meter langen Graben in die Erde.

### Digewelle in USA.

20 Todesfälle  
Chicago, 18. Juli. Gegenwärtig liegen die Stnoten des mittlern Westens unter einer Digewelle. Das Thermometer hat am Freitag 88 Grad Celsius erreicht. Bisher sind mehr als 20 Todesfälle infolge der ungeheuren Hitze gemeldet worden.

### Bergwerksunglück in Brasilien

Keun Tots  
Rio de Janeiro, 18. Juli. Eine schwere Explosion ereignete sich heute in einem Bergwerk im Staate Minas Geraes. Keun Bergarbeiter fanden den Tod.

### Gewitterschäden in der polnischen Hauptstadt

Warschau, 18. Juli. In den späten Abendstunden ging gestern über Warschau ein schwerer Gewittersturm, verbunden mit Sturzregen, nieder. Im Zentrum der Stadt wurden zahlreiche Häuser und 14 Straßenbahnen vom Blitzschlag getroffen. Ein Arbeiter wurde vom Blitz getötet.

### Schwere Heimtuchung eines slowakischen Dorles

Prag, 16. Juli. Ueber der kleinen Gemeinde Rebyly in der Ostslowakei ging heute ein heftiges Gewitter nieder. Der Blitz schlug in eine Scheune und setzte sie in Brand, der sich, begünstigt durch den Wind, mit rasender Schnelligkeit auf die umliegenden Häuser ausbreitete. In kurzer Zeit lagen 22 Wohnhäuser und zahlreiche Wirtschaftsgebäude in Asche. Etwa 140 Einwohner sind ohne Obdach. Der Schaden geht in die Millionen.